

„Republikanischer Nationalkonvent.“

Es macht immer einen lächerlichen Eindruck, wenn Schutzmaßnahmen getroffen werden für Dinge, die gar nicht in Gefahr sind. Herr Josef Birth steht eben jetzt wieder im „Deutscher Tagblatt“ auf, die Republik sei bedroht, und schlägt als Heilmittel die Berufung eines „republikanischen Nationalkonvents“ vor. Dabei denkt kein Mensch heute an die Abänderung der Staatsform, selbst ganz rabiate Gegner der Republik haben ihre Ansicht dahin ausgesprochen, daß erst viel wichtigere Fragen zu erledigen seien, ehe man daran denken könne, die Republik „abzuschaffen“. Zur Zeit kämpft also der ehemalige Rongler unseiner Angelegenheiten gegen Windmühlensflügel.

Herr Birth weiß natürlich, daß die Frage Monarchie oder Republik nicht brennend ist. Sein politischer Ehrgeiz ist, nachdem er einige Zeit von dem geschäftlichen verschüttet war — Josef war unter die Holzgroßhändler gegangen —, wieder erwacht. Birth will wieder im Mittelpunkt der politischen Geschehnisse stehen, daher seine Rüstigkeit, daher die Aufspaltung seiner republikanischen Freunde. Mit dem Demokraten Haas und dem Sozialdemokraten Abbe Arm in Arm glaubt er sich bei seinem Wiedereintritt in die politische Arena am besten durchzuführen zu können, indem er seinen abgemachten Ruf von anno dazumal: der Feind steht rechts, bis zum Uebelwerden wiederholt. Die Weimarer Koalition ist sein Ziel, die geführt wird von einem Rongler, der Josef Birth heißt. Daher sein Eintreten für Neuwahlen. Er meint, daß die wüste Agitation, die angeblich gegen die Fiskusabfindung, tatsächlich aber für die Alleinherrschaft der Linken getrieben worden ist, in ihren Nachwirkungen zu einer Neugestaltung der innerpolitischen Dinge noch ausreicht. Unter dessen ist aber — und hier liegt der Schwerpunkt — eine

Wendung im Zentrum eingetreten, die nicht zu Gunsten von Birth spricht. Diese Partei hat gesehen, wohin es führt, wenn der Damm gegen den Bolschewismus höher bekommt. Durch das Zentrumsparteiblatt wird der große Josef mit seinen Plänen dementsprechend abgeführt. Die „Germania“ kritisiert den ehemaligen Rongler und Parteigenossen scharf. Sie verneint vor allen Dingen, daß der Unterbau der republikanischen Staatsform heute gefährdet sei. Der Kampf gehe heute nicht mehr um die Republik als solche, sondern um die Ausgestaltung unseres Staatswesens auf republikanischer Grundlage. Weiter macht die „Germania“ Dr. Birth darauf aufmerksam, daß die praktisch-politische Arbeit den politischen Parteien vorbehalten werden müsse. Mit dem Kampfruf gegen die Monarchisten sei nicht viel anzufangen. Für die Republik arbeiten, heiße nicht, das deutsche Volk in zwei Parteien spalten und sie mit dem Stichwort republikanisch und monarchistisch versehen. Ebenso wie das Zentrum jede einseitige Bürgerbündelpolitik ablehne, halte die Partei den Grundgedanken für falsch, daß nur mit der Linken und immer gegen die Rechte regiert werden müsse, weil auch solche eine Einstellung nur in eine Verschärfung der Gegensätze einmünde und schließlich die Zerreibung des Zentrums herbeiführe. Diese Situation schreibe dem Zentrum die Notwendigkeit vor, seine Mittelstellung unter allen Umständen beizubehalten. Es könne weder eine Rechtspartei noch eine Linkspartei werden.

Herrn Birth wird diese Abfuhr nicht anfechten, er wird nicht zum Holzhandel zurückkehren, sondern bei dem Geschäft der Politik bleiben. Ob er hier ebensolche Erfolge haben wird, wie bei seinen Geschäften in den russischen Wäldern, wird die Zukunft lehren.

Die Reichsfinanzen.

Die Straßereträge vom 1. April bis zum 30. Juni.

WW. Das Reichsfinanzministerium hat dieser Tage die Einnahmen aus Steuern, Zöllen und Abgaben für das erste Viertel des Haushaltsjahres 1926/27 veröffentlicht. Für das ganze Haushaltsjahr sind die Einnahmen mit 6,48 Milliarden Mark veranschlagt. Im ersten Vierteljahr sind 1,45 Milliarden Mark eingegangen, was für das ganze Jahr 5,8 Milliarden Mark ergeben würde, so daß mit einem Restbetrag von 650 Millionen Mark zu rechnen wäre. Nun trifft zu, daß innerhalb des Haushaltsjahres gewisse Verschiebungen eintreten. Nichts desto weniger ist heute schon der Schluß zu ziehen, daß die Wirtschaftskrise sich auch in nachteiliger Weise in den Reichsfinanzen widerspiegelt.

Das gilt vor allem für die Besitz- und Verkehrssteuern. Die Einkommensteuer hat in dem ersten Vierteljahr 468 Millionen Mark ebracht, während sie nach dem Voranschlag 525 Millionen Mark hätte einbringen müssen. Bei der Lohnsteuer ist der Rückgang besonders auffällig, was teils auf die Steuerentlastungen, teils aber auch auf die Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist. Es zeigt sich, daß mit einer Taktik, die die Lohnsteuer noch weiter senken will, nicht viel anzufangen ist, weil sie zu Einnahmeverlusten führt, die sich bei den eigentlichen Besitzsteuern nicht wieder berechnen lassen. Im Gegenteil, auch hier ist eine rückläufige Bewegung zu verzeichnen. Die Vermögenssteuer soll für das ganze Haushaltsjahr 400 Millionen Mark einbringen. Nun sind zwar im Sommer 1925 bei dem allgemeinen Steuerumbau gewisse Entlastungen beschlossen worden. Es bedarf keiner Begründung, daß die Entlastungen, die den Kapitalbildungsprozessen begünstigen sollten, allein nicht das ungünstige Ergebnis bestimmt haben. Tatsächlich sind im ersten Viertel des Haushaltsjahres nur 36 Millionen Mark eingegangen gegen 100 Millionen Mark, die nach dem Voranschlag hätten eingehen müssen. Es ist offenbar, daß das Einkommen aus wirtschaftlicher Tätigkeit in der Hauptsache auch verbraucht wird. Möglicherweise der Eingang aus der Vermögenssteuer in der späteren Abwicklung des Haushaltsjahres noch bessert. Nur ist es mehr als unwahrscheinlich, daß der Voranschlag von 400 Millionen herabgebracht werden kann. Nicht anders liegen die Dinge bei der Körperschaftsteuer. Auch sie hat im ersten Vierteljahr nicht den Sollbetrag erreicht, der 62,5 Millionen Mark ausmacht; es sind nur 54 Millionen Mark eingegangen.

Dagegen haben die auf Grund des Dawesplans verpfändeten Verbrauchsteuern und Zölle die Voranschläge ziemlich erreicht. Es muß aber bezweifelt werden, ob der Gesamtbetrag von 1,9 Milliarden Mark aufgebracht werden kann, zumal bei der Tabaksteuer inzwischen Steuerermäßigungen eingeführt worden sind. Jedoch kommt auf der andern Seite in Frage, ob nicht die Finanzverwaltung bei den einzelnen Verbrauchsteuern erhebliche Abstriche machen muß. Im Buchveranschlagungsverfahren sieht es zwar so aus, als ob beispielsweise die Tabaksteuer unverändert hohe Beträge liefere. Indes ist es kein Untergeschmecks, daß diese Beträge nur in den Steuerbüchern, nicht aber in der Wirklichkeit vorhanden sind. Das Reichsfinanzministerium hat sich immer noch nicht dazu entschließen können, die Gesamtsumme der Steuerrückstände bekanntzugeben. Gerade das ist nicht nebensächlich, denn der tatsächliche Ausgleich des Haushalts hängt davon ab, daß sich keine Steuerrückstände ergeben. An den Ausgaben des laufenden Haushaltsjahres lassen sich keine Einsparungen machen. Wir werden wohl besonders bei der Erwerbslosenunterstützung über die Voranschläge vielfach hinausgehen. Rechnen wir noch die Steuerlast in den Ländern und Gemeinden hinzu, so kommen wir auf eine gesamte Steuerlast von 13 Milliarden Mark. Sie erhöht sich noch durch die besonderen Lasten aus dem Dawesplan, wie sie der Zinsendienst für die Reichsbahn und die Industriebankdarlehen darstellen. Weder England noch Frankreich tragen eine so hohe Steuerlast wie das Deutsche Reich.

Scharfes Urteil Shaws über England.

London, 2. Aug. Zum 70. Geburtstag hat Dr. Stresemann Bernard Shaw durch den deutschen Botschafter ein Glückwunschschreiben überreichen lassen. Shaw hat darauf einen Dankesbrief an Botschafter Dr. Stahmer geschickt. Einem britischen Außenminister, so sagt Shaw darin, wäre es niemals eingefallen, mich auf diese Weise zu ehren, denn wie Sie wissen, sind wir in kultureller Beziehung eine Nation von Barbaren. Wir haben eine wahre Angst vor allen intellektuellen Dingen, und die Ueberzeugung, daß die Kunst höchst unmoralisch sei, ist hier fest eingewurzelt. Die einzige Notiz, die die britische Regierung von meinem 70. Geburtstag genommen hat, ist, daß sie verbot, daß meine Rede an jenem Abend durch Rundfunk verbreitet werde. Dieser Kontrast zwischen der deutschen und der britischen Regierung müßte für eine Nation von Kulturtradition höchst peinlich sein. Aber unsere herrschenden Klassen sind noch stolz darauf.

Deutschland verbanke ich, daß ich als Dichter und Dramatiker in der Welt bekannt geworden bin, und was noch wichtiger ist, Europa verdankt Deutschland das Bewußtsein, daß dramatische Poesie und die Leute, die ihr das Leben widmen, auch einen Wert haben. Darum bedeutet die Auszeichnung, die von deutscher Seite zugekommen ist, mehr, als irgend einer meiner nationalen Freunde mir geben könnte. Wenn ich Deutscher wäre, würde ich stolz darauf sein. Ich bin kein Engländer, sondern ein Irlander, aber ich habe mein Leben lang der britischen Nation meine treuen Dienste geleistet, müßte also eigentlich traurig sein, daß es so ist. Aber es ist nun einmal so. Ich bin deshalb Deutschland nicht weniger dankbar. Das alles sind nationale Betrachtungen. Aber es besteht eine Ueberrepublik des Denkens und der Kunst, und dem großen Geist des Heroen bin ich zu unberechenbarem Danke verpflichtet, und die Tatsache, daß die deutschen Mitglieder dieser Ueberrepublik mich als einen der Ihrigen anerkennen, ist für mich ein Triumph, der mir gestattet, alle die Beweise von Anerkennung hinzunehmen, die mir gelegentlich meines 70. Geburtstages zugesandt worden sind.

Neapel, 2. Aug. General Robile und die anderen Italiener, die an der Nordpolfahrt teilgenommen haben, sind heute, von Reunport kommend, hier eingetroffen und von einer ungeheuren Menschenmenge mit unbefriedigender Begeisterung empfangen und von den Behörden beglückwünscht worden.

Der koloniale Gedanke.

Eröffnung der Hamburger Kolonialwoche.

Hamburg, 2. Aug. Die von der Kolonialarbeitsgemeinschaft Groß-Hamburg organisierte Hamburger Kolonialwoche wurde am Sonnabendabend in den Räumen der Hamburger Stadthalle eröffnet. Der Vorsitzende der Kolonialarbeitsgemeinschaft Groß-Hamburg, Regierungsrat und Bezirkskommissar a. D. Jache, hielt die Eröffnungsansprache. Er führte u. a. aus:

„Wenn Hamburg heute die Kolonialwoche eröffnet, so tut es das in der Absicht, aber auch in der Hoffnung und Ueberzeugung, daß wir in naher oder ferner Zukunft wieder ein Kolonialvolk sein werden. Die Kolonialschuldfrage ist unter unseren unausgeheilten Wunden und in ihrer Häßlichkeit zusammengebrochen und in Locarno zurückgenommen worden. Haben wir Kolonialdeutschen den ersten Feldzug gewonnen, so gehen wir jetzt mit unerschütterlichem Siegeswillen zum zweiten Kampfe vor, der auf die Rückgabe unseres kolonialen Besitzes abzielt.“

Die Veranstaltungen des Sonntags wurden mit einer Fahnenweihe des Vereins Deutsch-Südwestafrikaner von 1914 Hamburg eingeleitet. Dann fand am Wislmann-Denkmal eine Kranzniederlegung unter Beteiligung großer Menschenmassen statt. Der Hamburger Senat wohnte mit dem Bürgermeister Dr. Petersen dem feierlichen Akte bei. Unter großer Beteiligung der ganzen Bevölkerung Hamburgs setzte sich dann der drei Kilometer lange Festzug nach der Stadthalle in Bewegung. Viele Tausende füllten auch den Stadthallengarten, als von der Terrasse der Stadthalle aus Hamburgs regierender Bürgermeister Dr. Petersen eine Ansprache hielt, die gleichzeitig durch den Rundfunk nach England und Amerika übertragen wurde. Er führte aus:

Der koloniale Gedanke, den Sie dem deutschen Volke erhalten wollen, hat in Hamburgs Herzen feste Wurzeln geschlagen. Von Hamburg aus gründeten Boermann und seine Helfer die Niederlassungen, aus denen später unser Kameram erwuchs. Von Hamburg aus erschloß das Haus Coslar Ozean und die Südpole und schuf damit die Möglichkeit für unsere dortigen Kolonialbesitz. Und von Hamburg aus wurden auch die Faktoren in Ostafrika angelegt, die es ermöglichten, dann später Ostafrika zu erwerben. Und wenn ich zugleich der kolonialen Fahrten unserer hantelnden Schwesterstadt Bremen gedanke, so darf ich nur auf die Bremerischen Verdienste um Logo und auf die Tatsache hinweisen, daß auch Südwestafrika als Erweiterung des Bremerischen Reichtums davon ablegt, wie eng das Kameratentum mit dem Kolonialgedanken verbunden ist. Aber über alle wirtschaftlichen Vorteile hinaus hatte der Kolonialbesitz für unser Volk eine hohe ideale Bedeutung. Die Männer und Frauen, die in jenen fernen Ländern für Deutschland arbeiteten, waren Naturen, die bei allem Stolz auf ihr eigenes Volkstum doch mit weitem Blick die Zusammenhänge der Weltwirtschaft erfaßten und uns immer wieder auf sie hinwiesen, waren Menschen, die sich nur durch ihre schöpferische Bestrebungen behaupten konnten, und die zu starken Charakteren in ihrem deutschen Pioniertum geworden sind. Der Deutsche kam nicht als Eroberer in die Kolonien, sondern um mit zähem Fleiß und menschlicher Geminnung wertvolle und fruchtbare Teile der Erde der Zivilisation dienstbar zu machen. Dies war unser erstes und höchstes Ziel. Wir waren nicht die Feinde der eingeborenen Bevölkerung, sind es nicht und werden es niemals sein. Deutschland darf sich nicht aus der Reihe der Nationen ausschließen lassen, die an der Lösung dieser großen Menschheitsaufgaben zu arbeiten haben.

Dann hielt der Präsident der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft, Gouverneur a. D. Dr. Seih, eine Ansprache, in der er von der Notwendigkeit der deutschen Kolonialpolitik sprach. Er betonte, daß diese Notwendigkeit nicht nur ein Akt der Gegenwart sei, daß sie auch vorhanden gewesen sei in der Vergangenheit und in der Zukunft für unser Volk viel zwingender werden würde. Wenn es Deutschland gelingt, die territorialen Besitz seiner Wirtschaft zu erweitern, dann ist auch eine Gesundung der deutschen Wirtschaft möglich und absehbar, und das ist das wahre Ziel unserer Kolonialpolitik. Am Montag fand im Tropenhygienischen Institut eine Reihe wissenschaftlicher Vorträge über die einzelnen Kolonien statt.

Zum Flaggentag auf dem Deutschen Studententag.

Bonn, 2. Aug. In der Vormittags Sitzung des Studententages verlas der erste Vorsitzende der Deutschen Studentenschaft ein Schreiben, in dem der Vorsitzende der Bonner Studentenschaft sein Amt niederlegt, um der Einigung nicht hinderlich zu sein. Der Vorsitzende des Deutschen Studententages gab darauf als Beschluß des Vorstandes bekannt: Die Tatsache besteht, daß der Vorsitzende der Bonner Studentenschaft zurückgetreten ist. Somit ist unserer früheren Beschluß hinsichtlich, und wir fühlen uns jetzt wieder als Gäste der Bonner Studentenschaft.

Italien und der Völkerbund.

Rom, 2. Aug. Wie verlautet, wird Mussolini an der Septembertagung des Völkerbundes teilnehmen, weil er über die abessinische Frage zu verhandeln wünscht. Italien steht auf dem Standpunkt, daß der Völkerbund nicht intervenieren dürfe, nachdem Italien durch seine Abmachungen mit England auf Grund früherer Verträge einen durchwegs isolierten Standpunkt eingenommen habe. Das Eingreifen des Völkerbundes würde Italien vor eine schwerwiegende Situation stellen und seine weitere Mitarbeit am Völkerbund gefährden.

Einheitsbrot in Italien.

Rom, 2. August. Der Ministerrat hat beschlossen, daß nur noch ein bestimmtes Einheitsbrot hergestellt werden darf. Das Backen und der Verkauf von Zugbrot soll untersagt werden, auch die Herstellung von Kuchen und Feingebäck aus Getreidemehl ist verboten. Außerdem hat der Ministerrat entschieden, daß von den 167 bestehenden Unterprefekturen 95 aufgehoben werden sollen.

Sinowjew verbannt.

Moskau, 2. Aug. Aus gutunterrichteter Quelle verlautet, daß Sinowjew am Dienstag einen Urlaub von zwei Jahren antreten wird. Bis jetzt ist noch nicht bekannt, wo Sinowjew seinen Urlaub verbringen will. Man spricht vom Ural oder Sibirien.

Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der Dritten Internationale Sinowjew, ist, wie der „C. V.“ berichtet, vor wenigen Tagen aus dem Politbüro, der Zentralinstanz der Russischen Kommunistischen Partei ausgeschlossen worden. Rummehe wird von seiner Verbannung berichtet. Damit ist der Sieg über die oppositionellen Nabalbolschewiki ein vollkommener. Sinowjew, einst die Kreatur und der bedingungslose Nachfolger Lenins und seiner Theorien, ist über seine eigene Unfähigkeit gestürzt. Seine Wählervereine, die Jahre hindurch Europa beunruhigten und die jetzt auch in der Sowjetunion in einer Art Experiment führen sollten, haben ihm die Verbannung eingetragen.

Der Nachfolger Dörschinski.

Moskau, 2. Aug. Zum Vorsitzenden der Staatlichen Politischen Verwaltung (Tscheka) wurde an Stelle des verstorbenen Dörschinski sein bisheriger Stellvertreter Menschinski ernannt. Menschinski wurde im Jahre 1874 geboren und ist von Beruf Rechtsanwalt.

Berlin, 3. August. Zum Rektor der Berliner Universität für das Jahr 1926/27 wurde der Geheimne Justizrat Prof. Dr. Heinrich Triepel gewählt.

Karlsbad, 2. Aug. Nach mehr als 300jährigem Bestande hat sich das Karlsbader Schützenkorps aufgelöst, weil es als rein deutsches Korps sich weigerte, von der tschechischen Regierung befohlene tschechische Kommandospaße einzuführen und an tschechischen Festtagen in Parade auszurücken. Anstelle des Korps wurde ein „Verein der Schützenfreunde in Karlsbad“ gegründet.

Paris, 2. Aug. Der Sekretär der österreichischen Gesandtschaft, Alfred Edenberg, wurde gestern Nacht, als er sich auf dem Nachhauseweg befand, von zwei Apachen überfallen, die ihn trotz heftiger Gegenwehr seiner nur wenig Geld enthaltenden Brieftasche beraubten. Die Räuber gatteten sich.